



**2018 /**

## Kriege ohne Ende. Mehr Diplomatie – weniger Rüstungsexporte / **friedensgutachten**

---

**bicc** Bonn  
International Center  
for Conversion

**PRIF**  **HSFK**

Institut für  
Entwicklung  
und Frieden  
**INEF**

 **IFSH**  
Institut für Friedensforschung  
und Sicherheitspolitik  
an der Universität Hamburg

### **STELLUNGNAHME DER HERAUSGEBENDEN INSTITUTE**

**SPERRVERMERK 12. Juni 2018, 10:30 Uhr**

## Vorstellung auf der Bundespressekonferenz

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Friedensgutachten 2018 konstatiert mehr Kriege, mehr Krisen und eine abnehmende Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft, Frieden und Sicherheit in der Welt zu gewährleisten. Es ruft die Bundesregierung auf, verstärkt ihren diplomatischen Einfluss geltend zu machen, um regionale Konflikte zu schlichten, multilaterale Strukturen zu stärken und denjenigen Staaten entschlossen entgegenzutreten, die die liberale Weltordnung gefährden. Das erfordert, mehr als in der Vergangenheit, den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden, mittel- und langfristige Strategien zu entwickeln und selber konfliktfähig zu werden.

Lassen Sie mich mit dem US-amerikanischen Angriff auf die liberale Weltordnung beginnen. Aus seiner Verachtung für internationale Institutionen hat US-Präsident Trump nie einen Hehl gemacht. Aber seine einseitige Aufkündigung des Iran-Abkommens ist ein Frontalangriff auf die multilaterale Friedens- und Sicherheitsordnung. Sie verletzt das grundlegende Prinzip, dass internationale Verträge eingehalten werden müssen, und drängt den Iran in eine Eskalationsstrategie und in die Arme Russlands und Chinas. Zudem zielen die angekündigten Sanktionen gegen europäische Wirtschaftsunternehmen, die im Iran aktiv sind, auf die Schwächung europäischer Diplomatie. Von einem Garanten

für internationale Ordnung sind die USA unter Trump zu einem Gefährder dieser Ordnung geworden.

Die Europäische Union stemmt sich zu Recht gegen diese Entwicklung. Ihr Festhalten am Iran-Abkommen, aber auch generell an den Werten der liberalen Weltordnung – Freihandel, Menschenrechte, Geltung des Völkerrechts – ist auch dann richtig, wenn es mit hohen Kosten verbunden ist. Europa muss in dieser Situation glaubwürdig als Ordnungsmacht auftreten können. Die Bundesregierung kann dabei helfen, indem sie in enger Abstimmung mit den europäischen Partnern und den Partnern in der G7 proaktiv für die Einhaltung internationaler Verträge und eine regelbasierte internationale Politik eintritt.

Nicht nur die globale, auch die Europäische Friedensordnung ist in einer Krise: Russland macht keine Anstalten, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim oder die Unterstützung der Separatisten im Osten der Ukraine zu revidieren. In der Türkei wird die Gewaltenteilung ausgehöhlt und die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger werden eingeschränkt. Auch in Ungarn und Polen gerät die liberale Demokratie zunehmend unter Druck. Dabei wird immer unverhohlener gegen geltendes Recht, wie die Europäische Menschenrechtscharta oder EU-Verträge, verstoßen.

Europa braucht aber ein aktives Konfliktmanagement. Dazu ist ein gesamteuropäischer Diskurs notwendig, der die europäische Friedensordnung wieder auf ihre normativen Grundlagen, wie Demokratie und Menschenrechte, ausrichtet. Kurzfristig ist es allerdings notwendig, das Eskalations- und Konfliktniveau zu senken und dort mit pragmatischer Kooperation zu beginnen, wo gemeinsame Interessen vorliegen. Wir plädieren für einen Aushandlungsprozess mit langem Atem, der jetzt hilft, Krisen zu deeskalieren und der gleichzeitig Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte als Elemente einer europäischen Friedensordnung stärkt. Analog zur Entspannungspolitik in Zeiten des Ost-West-Konflikts sollte dabei die OSZE eine tragende Rolle spielen.

Auch die Vereinten Nationen sind angesichts der Blockadepolitik der Vetomächte (vor allem der USA und Russlands) in zentralen Krisensituationen handlungsunfähig. Das gilt beispielsweise für den Syrienkonflikt, bei der Zuspitzung der Situation in Israel/Palästina oder bei der Vertreibung der muslimischen Rohingya in Myanmar. Wenn UN-Friedenseinsätze beschlossen werden, finden sie in immer gefährlicheren Situationen und unter immer widrigeren Bedingungen statt, zumal die US-Administration weitere Kürzungen im Peacekeeping-Budget angekündigt hat. Um die Fähigkeit der Vereinten Nationen bei der Friedenssicherung zu erhalten, sollte Deutschland sich noch aktiver und mit eigenem Personal an UN-Friedenseinsätzen beteiligen und den Reformkurs des neuen UN-Generalsekretärs unterstützen. Darüber hinaus empfehlen wir, den Auf- und Ausbau regionaler Friedenssicherungsstrukturen im Sinne von Kapitel VIII der UN-Charta personell und

finanziell zu unterstützen, um Friedenssicherung auf ein breiteres Fundament zu stellen und den berechtigten Interessen der regionalen Organisationen mehr Rechnung zu tragen. Zwischen 2012 und 2015 stieg die Anzahl der Bürgerkriege von 32 auf 51, das höchste Niveau seit 1945. Seither sind die Zahlen nur geringfügig zurückgegangen. Viele dieser Kriege sind durch Kriegsverbrechen, Angriffe auf die Zivilbevölkerung und Vertreibung gekennzeichnet. Die Bundesregierung leistet in vielen Krisenregionen nennenswerte humanitäre Hilfe. Zunehmend ist sie aber auch durch Rüstungsexporte und die „Ertüchtigung“ von Militär und Milizen so sehr involviert, dass sie ihre Möglichkeit verspielt, glaubwürdig und über verfeindete Fronten hinweg zu vermitteln.

Zudem haben die multilateralen Militäreinsätze in Afghanistan und Mali nicht die erhoffte Wirkung gezeigt. Deshalb gehören diese Einsätze auf den Prüfstand. Die sogenannte Ertüchtigungsinitiative, die Ausstattungs- und Ausbildungshilfen im Bereich von Polizei und Militär im Irak und Mali vorsah, hat sich nicht bewährt. Es wurde versäumt, politische Prozesse einzuleiten, die auf Rechtstaatlichkeit und eine integrative politische Ordnung zielen. Stattdessen wurde etwa im Irak mit Militärapparaten kooperiert, die entlang ethnischer und konfessioneller Linien organisiert und ohne parlamentarische Kontrolle sind. Daher sollten die Stabilisierungsmaßnahmen im Irak ausgesetzt werden. Ertüchtigungsprojekte müssen in langfristige Strategien eingebettet sein, die auf Reform und demokratische Kontrolle des Sicherheitssektors zielen. Zudem sollte, etwa in Mali, die Sicherheit der Bevölkerung anstelle von Terrorbekämpfung und Grenzsicherung im Vordergrund stehen.

Besonders beunruhigend ist die Lage im Nahen und Mittleren Osten. Die Kriege in Libyen, Syrien, im Jemen und bis vor kurzem im Irak haben Hunderttausende Todesopfer gefordert. Allein vor dem Syrienkrieg flohen mehr als elf Millionen Menschen. Die Giftgaseinsätze in Syrien und die Schreckensherrschaft des IS stehen beispielhaft für die massive Verletzung des humanitären Völkerrechts in der Region. Und die Perspektiven sind düster. Iran und Saudi-Arabien stehen sich unversöhnlich gegenüber, die USA und Russland sind auf Konfrontationskurs, und die Rolle der Türkei bleibt undurchsichtig. Umso wichtiger ist es, die Gewaltspirale zu durchbrechen. Die Bundesregierung sollte eine moderierende Rolle einnehmen und ihre Netzwerke aktiver einsetzen, um Gesprächskanäle zwischen verfeindeten Gruppen zu öffnen.

Einzig im Bereich des transnationalen Terrorismus gibt es Grund zu gedämpftem Optimismus. Nach dem historischen Höchststand im Jahr 2014 mit weltweit 13.510 Terroranschlägen und 32.775 Todesopfern setzte 2015 ein Abwärtstrend ein, der bis heute anhält. Übrigens ist in den OECD-Ländern lediglich ca. 1 % der weltweiten Terroropfer zu beklagen. Der Islamische Staat (IS) verlor im Laufe des letzten Jahres fast sein gesamtes Territorium, blieb aber mit 4.500 Anschlägen die aktivste Terrorgruppe weltweit. Allerdings

fielen diesen Anschlägen 40% weniger Menschen zum Opfer als in den vergangenen Jahren, und es war kein einziger zentral geplanter Anschlag – wie der in Paris im November 2015 oder in Brüssel im März 2016 – darunter. Die größte Gefahr geht deshalb von militanten Gruppen oder Einzelpersonen aus, die behaupten, im Namen des Islamischen Staates zu handeln, wie im Mai 2017 in Manchester oder im August 2017 in Barcelona.

Generell gilt, dass Terrorismus eher die Ursache von Flucht und Migration ist, als eine Folge davon. Die Behauptung jedenfalls, Flucht und Migration würden in Deutschland das Terrorismusrisiko signifikant erhöhen, lässt sich wissenschaftlich nicht halten. Der überwiegende Teil derjenigen, die zwischen 2015 und 2018 in Europa Terroranschläge verübt haben, lebt in zweiter oder dritter Generation in Europa. Der Behauptung, eine liberale Flüchtlingspolitik fördere Terrorismus, sollte offensiv entgegengetreten werden. In keinem Falle sollte die Bekämpfung des Terrorismus gegen eine liberale Flüchtlingspolitik ausgespielt werden. Um der Radikalisierung von Flüchtlingen vorzubeugen, müssen die Integration verbessert und der Familiennachzug erleichtert werden. Das ist nicht nur humanitär geboten, sondern auch sicherheitspolitisch sinnvoll.

Änderungen sind auch mit Blick auf die deutsche Rüstungsexportkontrollpolitik notwendig. Die deutschen Friedensforschungsinstitute haben in der Vergangenheit immer wieder eine restriktivere Rüstungsexportkontrollpolitik gefordert. Selten waren die negativen Folgen der Unterlassung aber so deutlich zu sehen, wie in den zurückliegenden Monaten. Waffenexporte an Staaten wie Saudi-Arabien, die im Jemen das humanitäre Völkerrecht verletzen, oder an die Türkei, stehen im Widerspruch zum Arms Trade Treaty und zum Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Rüstungsexporten. Deutschland unterläuft, wie auch andere EU-Staaten, seine selbst gesetzten Standards und trägt auf diesem Wege indirekt und ungewollt zur Konfliktverschärfung bei.

Wir begrüßen, dass laut Koalitionsvertrag Kleinwaffen grundsätzlich nicht mehr an Drittstaaten geliefert werden sollen. Allerdings müssen die Ausnahmen restriktiv gehandhabt und öffentlich diskutiert und gerechtfertigt werden. Die Bundesregierung sollte ein strenges Kontrollgesetz vorlegen, das Rüstungsexporte von dem Nachweis abhängig macht, mit Blick auf die Verletzung von Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht unbedenklich zu sein. Genehmigungen für Exporte an Kriegsparteien im Jemen – aber nicht nur dort – müssen widerrufen werden.

Im Juli 2017 beschlossen 122 Mitglieder der UNO-Vollversammlung ein vollständiges Verbot von Atomwaffen. Mit dem Nuclear Ban Treaty liegt erstmals ein internationales Abkommen vor, das den Besitz, die Stationierung und den Einsatz von Kernwaffen verbietet.

Inzwischen haben 58 Staaten das Abkommen unterzeichnet, neun Staaten haben es ratifiziert. 90 Tage nach der fünfzigsten Ratifizierung tritt das Abkommen in Kraft.

Die Bundesregierung lehnt den Nuclear Ban Treaty ab, weil die Abschreckung Russlands die Stationierung US-amerikanischer Kernwaffen in Deutschland erfordere. Das widerspricht aber dem Bestreben, mit dem INF-Vertrag von 1987 alle amerikanischen und russischen landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen zu eliminieren. Es besteht die akute Gefahr, dass die Nuklearmächte statt das Ziel nuklearer Abrüstung zu verfolgen, neue Nuklearkriegsszenarien planen. Die USA haben die Entwicklung kleiner, flexibler Nuklearwaffen angekündigt, und Russland stellte Anfang des Jahres neue nukleare Trägersysteme vor. Deutschland ist unmittelbar von dieser Entwicklung betroffen und sollte sich aktiv in die Debatte über die Rolle von Nuklearwaffen einbringen mit dem Ziel, eine Modernisierung der US-Nuklearwaffen und weitere Stationierungen auf deutschem Territorium zu verhindern.

In der gegenwärtigen Lage, in der die USA als Ordnungsmacht in der multilateralen Weltordnung zunehmend wegbrechen, Großmachtkonkurrenzen stärker werden und zugleich regionale Mächte – wie gegenwärtig etwa im Mittleren Osten – versuchen, Grenzen zu verschieben, steht Deutschland vor der Aufgabe, als Ordnungsmacht aufzutreten bzw. Europa als eine solche aufzubauen und zu stärken, wo immer möglich.

Dazu gehört, dass die Bundesregierung die enge Abstimmung mit Frankreich sucht, gestaltend an einer eigenständigeren Sicherheitspolitik Europas mitwirkt, Europas Gegenhalten gegen die Politik der US-Administration von Trump unterstützt und hilft, die europäischen Institutionen nach innen zu stärken und nach außen wieder attraktiver zu machen. Nicht weniger ist gefragt, als das alte Wertemodell Europas wieder zum Exportschlager werden zu lassen.

### **Die herausgebenden Institute**

Bonn International Center for Conversion (BICC)

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

Weitere Informationen unter [www.friedensgutachten.de/presse](http://www.friedensgutachten.de/presse)

## KONTAKT

### **Vera Klopprogge**

Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)  
Baseler Str. 27–31  
60329 Frankfurt am Main  
Tel: 069 959104-13  
Mobil: 0163 7818460  
E-Mail: [klopprogge@hsfk.de](mailto:klopprogge@hsfk.de)

[www.friedensgutachten.de](http://www.friedensgutachten.de)

Twitter: [@PeaceReport](https://twitter.com/PeaceReport) #friedensgutachten2018